

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. — Fest- und Veranlagungsbelegerte kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsbelegerte werden nicht aufgenommen. Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, jütlich in Bochum, Wismarhauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Altkreuz Bochum.

### Bessere Verforgung mit Lebensmitteln und Entschädigung der Arbeiterausschüsse für entgangenen Arbeitsverdienst

fördern folgende Eingaben der vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände:

Bochum, Essen, Wanne, den 29. Juni 1917.

An den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Excellenz von B a t o c k i, Berlin.

Die Frage, wie die Kohlenförderung zu erhöhen sei, war die dringende eingehender Besprechungen, die am 6. Juni d. J. sowohl mit Sr. Excellenz dem Herrn Handelsminister Dr. Sydow in Dortmund, wie auch einige Tage darauf im Kriegsamt stattfanden. Das Wohl unseres Vaterlandes hängt vor allem mit davon ab, daß die Kohlenförderung eine stabile bleibt und keinerlei Einbußen erleidet, die eine Einschränkung der Kohlenförderung heraufbeschwören. Ja, es ist sogar wünschenswert und notwendig, daß die Kohlenförderung eine weitere Steigerung erfährt, da in den Anforderungen der Kriegswirtschaft nicht entsprochen werden kann. Die organisierten Bergarbeiter wissen das sehr gut und haben im Verlauf dieses Krieges gezeigt, daß sie voll und ganz ihre Schuldigkeit tun. Wo einmal auf einzelnen Zechen kurze Unterbrechungen in der Kohlenförderung eintraten, geschah das nicht mit der Absicht oder dem Willen der organisierten Belegschaftsmitglieder, dadurch unsere beste Hilfsquelle im Krieg, die Kohlenförderung, langweiliger fließen zu lassen, sondern andere Umstände, die in den Berichten von uns klagend wurden und deshalb hier nicht mehr wiederholt zu werden brauchen, waren die Ursachen.

Doch auf eine der Ursachen müssen wir hier nochmals eingehen; wir sehen uns dazu gezwungen, da in jüngster Zeit wieder auf drei Zechen, so auf W e s t h a u s e n, M e i n p r e u c h e n und T i e r g a r d t, Arbeitsunterbrechungen stattfanden. Diese Störungen der Förderungen sind deshalb eingetreten, weil die Zufuhr von Nahrungsmitteln alles zu wünschen übrig läßt und die Besprechungen des Kriegsernährungsamtes nicht mehr gehalten werden. So kommt es, daß man in den Belegschaftsversammlungen bei den Ausführungen über das was über Lebensmittelverteilung und Zufuhr von leitenden Stellen bekannt gegeben wurde, auf Mißtrauen und Unglauben stößt. Es ist dieses nicht verwunderlich, kommt doch das ganz bestimmt gegebene Versprechen, daß den Schwerarbeitern bis zur neuen Ernte pro Kopf und Woche 5 Pfund Kartoffeln geliefert würden, nicht gehalten werden. Die Entlastung der Kohlenförderung ist sehr gering bemessen. Jetzt ist auch noch, entgegen den gegebenen Versprechungen, eine weitere Kürzung derselben eingetreten, so daß sie keineswegs ausreichen, den durch die schwere Grubenarbeit entstehenden Nährstoffverbrauch zu decken. Dabei sollen noch Ueberprüfungen verfahren werden. Viele Bergarbeiter sind dazu geneigt, da sie wissen, wie hochnotig die Kohlenförderung im Interesse des Vaterlandes ist. Doch alles hat seine Grenzen, auch die menschliche Leistungsfähigkeit, wenn nicht für den verbrauchten Kraftstoff Ersatz geschaffen wird. So wurde uns in den letzten Tagen gemeldet, daß Bergarbeiter bei der Arbeit zusammenbrachen, andere nicht ihrer Arbeit nachgehen können, da es ihnen an Lebensmitteln fehlt. Was sind z. B. 50 Gramm Mehl anstelle von 5 Pfund Kartoffeln? Es kann unmöglich verlangt werden, daß der Bergmann mit leerem Magen zur Arbeit gehen soll.

So kann es nicht weitergehen, wir erheben deshalb unsere wartende Stimme.

Wie wir aus der Tagespresse erfahren haben, hat die Zufuhr aus Rumänien die Erwartungen übertraffen. Die Ernte soll auch in Deutschland eine sehr gute werden. Deshalb wird das aus Rumänien kommende nicht schleunigst in die Industriegebiete geschafft und warum verlor man die Schwerarbeiter nicht damit, denn das Gemische in Deutschland ist zu knapp und weilt Preise auf, die unerschwinglich sind. Frühkartoffeln, mögen sie aus Rumänien oder Holland kommen, dürfen nicht zu ungeheuren Preisen für die Wohlhabenden reserviert werden, sondern sie sind zu annehmbaren Preisen an die Industriearbeiter abzugeben. Wenn auch vorläufig nicht taufende von Waggons in Betracht kommen, so würde damit doch der Nahrungsmittelmangel in den Industriegebieten etwas gelindert.

### Kirdorf über das Hilfsdienstgesetz.

In der letzten Versammlung der rheinisch-westfälischen Syndikats-Mitglieder besprach der Vorsitzende, Herr Geh. Kommerzienrat Generaldirektor C m i l i r d o r f, in längerer Rede die Lage auf den Kohlenmärkten, die Möglichkeiten einer Erhöhung der Förderung, beklagte sich über Verdächtigungen gegen die Kohlenlieferanten und erklärte speziell zu den Arbeiterverhältnissen:

Es ist gelungen, die Förderung im Mai und Juni etwas zu vergrößern, trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, die allgemein bekannt sind, der großen Arbeitsmangel, des Arbeitermangels und trotz des außerordentlich schädlich einwirkenden Hilfsdienstgesetzes. Alle diese Schwierigkeiten sollen auch in öffentlichen Kreisen derjenigen Berücksichtigung finden, welche die schwierige Lage wirklich verfolgen. Es wurde in bergbaulichen Kreisen schon im April als notwendig bezeichnet, eine Steigerung der Förderung, die einigermaßen zu erreichen sei, wenn die nötigen Bergarbeiter überwiesen würden. Es wurde damals angenommen, daß eine tägliche Erzeugung der Förderung um eine erhebliche Menge nötig und erforderlich sei. Zugelagt wurden dazu eine bestimmte Anzahl Bergarbeiter, tatsächlich überwiesen wurden bis jetzt etwa 2/3 dieser Zahl. Die Hilfe der Behörden ist also außerordentlich schwach, und im Vergleich dazu mußte anerkannt werden, daß trotzdem tatsächlich eine große Steigerung in der Förderung erreicht worden ist.

Im Mai ist es allerdings unter Mitwirkung der durch den Wagnismangel der verflochtenen Monate angesammelten Bestände, gelungen, eine erhebliche Steigerung des Bergbaus im Kohlenbergbau zu

erreichen so daß nach den Anforderungen der durchschnittliche Tagesbedarf im Mai der höchste gewesen ist, den das Syndikat überhaupt während der Kriegszeit erzielt hat. Im Juni hat sich ungefähr dasselbe Bild ergeben, obwohl der Bestand aus den Beständen wohl nicht mehr so groß ist, da ja die Bestände langsam ihrem Ende zugehen. Trotzdem ist in beiden Monaten der Rückstand gegen die Anforderungen in jedem Monat 1.500.000 Tonnen gewesen. Das würde eine Steigerung von mindestens 60.000 Tonnen täglich erfordern haben, ganz abgesehen davon, daß auch noch die Steigerung notwendig ist, die durch die Erschöpfung der Bestände eintritt. Wenn wir das erreichen wollen, ohne daß uns mehr Arbeiter gestellt werden, ohne daß ein beschränkliches Eingreifen dahin stattfindet, daß nun tatsächlich Ruhe unter der Arbeiterschaft eintritt und nicht immer neue Erregung, so sehen wir uns vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Es ist auch nicht bekannt geworden, daß eine Einwirkung auf die Kriegsgefangenen erfolgt, um sie zur besseren Leistung heranzuholen.

Es ist natürlich kein Zufall, daß diese Rede nachträglich noch besonders von der Industriezeitung (sogar an leitender Stelle!) verbreitet wird, so wenig es Zufall war, als 1915 die Industriezeitung aus der Rede Kirdorfs auf der G. V. des Gesamtvereins B. V. die Stelle hervorhob, in der Kirdorf die Regierung deutlich genug aufforderte, sich nicht mehr in Besprechungen mit Generalschäftsführern einzulassen. Jetzt hat Kirdorf das Hilfsdienstgesetz „außerordentlich schädlich wirkend“ genannt, und nun fordert er die Behörden auf, „dahin“ einzugreifen, „daß nun tatsächlich Ruhe unter der Arbeiterschaft eintritt und nicht immer neue Erregung.“ Wie Kirdorf sich das „behördliche Eingreifen“ denkt, darf man aus seiner Verurteilung des Hilfsdienstgesetzes schließen. Dieses Gesetz legt den Arbeitern keine leichte Pflicht auf,

aber es gibt ihnen auch Rechte, mit deren Hilfe sie sich einer abnormen kapitalistischen Drangsalierung entziehen können. Da r u m hat dieses Kriegsnotgesetz heftige Kritik aus großkapitalistischen Kreisen hervorgerufen und Kirdorf macht sich zum Bannerträger dieser Kritik. Von ihm war nichts anderes zu erwarten. Wäre es anders, das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer wäre, wenigstens während des Krieges, ein menschlich ansprechenderes geworden. Vermutlich hätten wir dann sogar das Hilfsdienstgesetz garnicht notwendig gehabt. Jetzt ist es da und die Arbeiter werden es benutzen, wenn ihnen der kapitalistische Druck unerträglich wird! Ob das Kirdorf gefällt oder nicht, das ist den Arbeitern gleichgültig.

Wie denkt sich Herr Kirdorf das „zur Ruhe bringen“ der Arbeiterschaft? Will er ihr durch „ein behördliches Eingreifen“ einermöglichen ausreichende Lebensmittel verschaffen? Damit wären die Arbeiterorganisationen durchaus einverstanden, denn gerade sie sind es gewesen, die sich während der ganzen Kriegszeit unausgesetzt, im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden, bemüht, die natürlichen Versorgungsschwierigkeiten der großen Industriegebiete so viel wie möglich zu mildern. Auf diesem Wege ist uns aber speziell Herr Kirdorf niemals begegnet, obwohl es ihm nichts schaden könnte, für ihn sehr lehrreich sein würde, wenn auch er sich in Belegschaftsversammlungen bemühte, den schwer geprüften, großen Mangel leidenden Arbeitern freundlich-aufklärend zuzureden. Das Bild, welches die Öffentlichkeit von Kirdorf kennt, läßt darauf schließen, daß er, wenn es ihm so kräftig erginge, wie der ungeheuren Masse der Arbeiterfamilien, ganz gewiß nicht das Muster von Sanftmut und Duldsamkeit sein würde. Die ausschlaggebende Quelle der Beunruhigung in der Arbeiterschaft ist die Ernährungsschwierigkeit, verstärkt durch total unzureichende Entlohnung großer Massen von Familienernährern!

Wir wissen recht gut, daß den Behörden von der Seite, die das Hilfsdienstgesetz als „schädlich wirkend“ bekämpft, über die angeblich „wahren Gründe“ der Arbeitererregung das Gegenteil von dem, was wir sagen, vorgebracht wird. Uns ist wohlbekannt, wohin die Reise ginge, wenn jene Seite ihren Willen bekäme. Wie dort das: „zur Ruhe bringen“ verstanden wird, ist nachgerade öffentliches Geheimnis geworden. Mühten wir die eussallende Rede Kirdorfs als ein Zeichen dafür aufzufassen, daß der Wortführer der Großindustriellen sich nahe am Ziele seiner hinterrückten bekannnten Forderungen sieht, dann würden wir das im Interesse unseres Vaterlandes bedauern!

Den Bergarbeitern ist noch kürzlich in einem Werkberichts die Anerkennung gezollt worden, daß es ihren „außerordentlichen Anstrengungen“ gelungen sei, die Förderung wesentlich zu steigern. Diesen hingebend fleißigen, obermühtigen Arbeitern nun nicht beruflich entgegenzukommen, das wäre der Gipfel des sozialen Unverstandes, das wäre eine Schädigung der vaterländischen Interessen.

### Entschädigung der Arbeiterausschüsse bei Verkretungen ihrer Belegschaften vor den Schlichtungsstellen des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes.

Essen, Bochum, Wanne, den 27. Juni 1917. An das Kriegsamt zu Berlin.

Das Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst verpflichtet die Arbeiterausschüsse der im vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betriebe, bei Streitigkeiten über die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen, bei denen es zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiterausschüsse nicht zu einer Einigung kam, zur Vertretung der Interessen der Belegschaftsmitglieder bei den zur Schlichtung dieser Streitigkeiten berufenen Ausschüssen. Den Ausschussmitgliedern entstehen dadurch vielfach Lohnausfälle. Sie können diese aber nicht tragen. Es ist auch ungerade, den Ausschussmitgliedern bei der gewissenhaften Erfüllung der ihnen im Interesse des Vaterlandes durch Gesetz auferlegten Pflichten noch finanzielle Lasten aufzubürden. Die meisten Zechenverwaltungen weigern sich, die Ausschussmitglieder für entgangenen Arbeitsverdienst in solchen Fällen zu entschädigen. Wir bitten deshalb, diese Entschädigung aus der Reichskasse gewähren zu wollen und bei der Regelung der Frage auch die schon zurückliegenden Fälle einzubeziehen.

mit hochachtungsvollem Glückauf!  
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.  
Verband der Bergarbeiter Deutschlands.  
Polnische Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter).  
Gewerkverein der Fabrik- u. Handarbeiter F. D. (Abt. Bergarb.)

Erzielen so daß nach den Anforderungen der durchschnittliche Tagesbedarf im Mai der höchste gewesen ist, den das Syndikat überhaupt während der Kriegszeit erzielt hat. Im Juni hat sich ungefähr dasselbe Bild ergeben, obwohl der Bestand aus den Beständen wohl nicht mehr so groß ist, da ja die Bestände langsam ihrem Ende zugehen. Trotzdem ist in beiden Monaten der Rückstand gegen die Anforderungen in jedem Monat 1.500.000 Tonnen gewesen. Das würde eine Steigerung von mindestens 60.000 Tonnen täglich erfordern haben, ganz abgesehen davon, daß auch noch die Steigerung notwendig ist, die durch die Erschöpfung der Bestände eintritt. Wenn wir das erreichen wollen, ohne daß uns mehr Arbeiter gestellt werden, ohne daß ein beschränkliches Eingreifen dahin stattfindet, daß nun tatsächlich Ruhe unter der Arbeiterschaft eintritt und nicht immer neue Erregung, so sehen wir uns vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Es ist auch nicht bekannt geworden, daß eine Einwirkung auf die Kriegsgefangenen erfolgt, um sie zur besseren Leistung heranzuholen.

Es ist natürlich kein Zufall, daß diese Rede nachträglich noch besonders von der Industriezeitung (sogar an leitender Stelle!) verbreitet wird, so wenig es Zufall war, als 1915 die Industriezeitung aus der Rede Kirdorfs auf der G. V. des Gesamtvereins B. V. die Stelle hervorhob, in der Kirdorf die Regierung deutlich genug aufforderte, sich nicht mehr in Besprechungen mit Generalschäftsführern einzulassen. Jetzt hat Kirdorf das Hilfsdienstgesetz „außerordentlich schädlich wirkend“ genannt, und nun fordert er die Behörden auf, „dahin“ einzugreifen, „daß nun tatsächlich Ruhe unter der Arbeiterschaft eintritt und nicht immer neue Erregung.“ Wie Kirdorf sich das „behördliche Eingreifen“ denkt, darf man aus seiner Verurteilung des Hilfsdienstgesetzes schließen. Dieses Gesetz legt den Arbeitern keine leichte Pflicht auf,

aber es gibt ihnen auch Rechte, mit deren Hilfe sie sich einer abnormen kapitalistischen Drangsalierung entziehen können. Da r u m hat dieses Kriegsnotgesetz heftige Kritik aus großkapitalistischen Kreisen hervorgerufen und Kirdorf macht sich zum Bannerträger dieser Kritik. Von ihm war nichts anderes zu erwarten. Wäre es anders, das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer wäre, wenigstens während des Krieges, ein menschlich ansprechenderes geworden. Vermutlich hätten wir dann sogar das Hilfsdienstgesetz garnicht notwendig gehabt. Jetzt ist es da und die Arbeiter werden es benutzen, wenn ihnen der kapitalistische Druck unerträglich wird! Ob das Kirdorf gefällt oder nicht, das ist den Arbeitern gleichgültig.

Wie denkt sich Herr Kirdorf das „zur Ruhe bringen“ der Arbeiterschaft? Will er ihr durch „ein behördliches Eingreifen“ einermöglichen ausreichende Lebensmittel verschaffen? Damit wären die Arbeiterorganisationen durchaus einverstanden, denn gerade sie sind es gewesen, die sich während der ganzen Kriegszeit unausgesetzt, im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden, bemüht, die natürlichen Versorgungsschwierigkeiten der großen Industriegebiete so viel wie möglich zu mildern. Auf diesem Wege ist uns aber speziell Herr Kirdorf niemals begegnet, obwohl es ihm nichts schaden könnte, für ihn sehr lehrreich sein würde, wenn auch er sich in Belegschaftsversammlungen bemühte, den schwer geprüften, großen Mangel leidenden Arbeitern freundlich-aufklärend zuzureden. Das Bild, welches die Öffentlichkeit von Kirdorf kennt, läßt darauf schließen, daß er, wenn es ihm so kräftig erginge, wie der ungeheuren Masse der Arbeiterfamilien, ganz gewiß nicht das Muster von Sanftmut und Duldsamkeit sein würde. Die ausschlaggebende Quelle der Beunruhigung in der Arbeiterschaft ist die Ernährungsschwierigkeit, verstärkt durch total unzureichende Entlohnung großer Massen von Familienernährern!

Wir wissen recht gut, daß den Behörden von der Seite, die das Hilfsdienstgesetz als „schädlich wirkend“ bekämpft, über die angeblich „wahren Gründe“ der Arbeitererregung das Gegenteil von dem, was wir sagen, vorgebracht wird. Uns ist wohlbekannt, wohin die Reise ginge, wenn jene Seite ihren Willen bekäme. Wie dort das: „zur Ruhe bringen“ verstanden wird, ist nachgerade öffentliches Geheimnis geworden. Mühten wir die eussallende Rede Kirdorfs als ein Zeichen dafür aufzufassen, daß der Wortführer der Großindustriellen sich nahe am Ziele seiner hinterrückten bekannnten Forderungen sieht, dann würden wir das im Interesse unseres Vaterlandes bedauern!

Den Bergarbeitern ist noch kürzlich in einem Werkberichts die Anerkennung gezollt worden, daß es ihren „außerordentlichen Anstrengungen“ gelungen sei, die Förderung wesentlich zu steigern. Diesen hingebend fleißigen, obermühtigen Arbeitern nun nicht beruflich entgegenzukommen, das wäre der Gipfel des sozialen Unverstandes, das wäre eine Schädigung der vaterländischen Interessen.

### Zur Reform der Berginspektion.

#### Unfälle im Ruhrgebiet.

Zur Bezirk der Sektion II der Knappschichtberufsgenossenschaft, der den Oberbergamtsbezirk Dortmund umfaßt, waren durchschnittlich gegen Unfall verstorben 1913: 401 042, 1914: 376 687, 1915: 288 308 und 1916: 309 552 Personen. Es betrug die Zahl der

Jahr	entschädigungspflichtigen Unfälle		tödlichen Unfälle	
	insgesamt	pro 1000 Beschäftigte	insgesamt	in Prozent der Beschäftigten
1913	5927	14,78	1088	0,26
1914	5561	14,76	993	0,26
1915	4659	16,16	964	0,33
1916	5180	16,76	1125	0,36

Die Zahl der Verstorbenen hat sich in 1916 gegen das Vorjahr um 21 244 gleich 7,37 Prozent, die der entschädigungspflichtigen Unfälle um 580 gleich 11,38 Prozent, die der tödlichen Unfälle um 161 gleich 16,70 Prozent vermehrt. Die entschädigungspflichtigen sowohl wie die tödlichen Unfälle sind also verhältnismäßig weit stärker gestiegen, wie die Zahl der Beschäftigten.

Im Berichtsjahre ereignete sich ein Massenunglück mit zwei Toten und 12 Verletzten (Schlagwettersexplosion am 4. Februar auf der Zeche Freie Vogel und Unberhofft. Die Zahl der vorgekommenen Schlagwetters- und Kohlenstaubexplosionen betrug 21 gegen 20 im Jahre vorher. Von den 21 Explosionen haben 14 entschädigungspflichtige Verletzungen veranlaßt. 4 Explosionen waren auf Schadhaftheit der Grubenlampe, eine auf offenes Licht, 2 auf Erglühen des Zählzählers der Lampe und 2 auf die Explosion von Schüssen bei der Schichtarbeit zurückzuführen. Bei 5 Fällen war die Veranlassung nicht zu ermitteln. Insgesamt waren von den 21 Explosionen 65 Arbeiter betroffen. Die Zahl der durch Stein- und Kohlenfall veranlaßten entschädigungspflichtigen Unfälle, unter denen sich 388 (288) tödliche befanden, betrug 1550 (1384). Insgesamt wurden im Berichtsjahre, wie schon gesagt, 5189 (4659) Unfälle, darunter 1125 (964) tödliche, entschädigungspflichtig.

Am Schlusse des Berichtsjahres waren 45 128 Rentenempfänger vorhanden, und zwar 23 297 Bezieher, 6653 Witwen, 14 808 Waisen und 370 Verwandte aufsteigender Linie. Außerdem befanden sich 390 Bezieher in Heilanstaltspflege. Die gesamte Abfindungssumme, die an Witwen ausgezahlt wurde, betrug für 184 Witwen 174 084,84 Mark. 24 Ausländer wurden mit 25 882,38 Mark abgefunden. An Unfallentschädigungen wurden insgesamt 14 758 354,19 Mark gezahlt gegen 14 036 232,31 Mark im Jahre vorher. Der Zugang an Unfallentschädigungen betrug für das Berichtsjahr 2 164 842,73 Mark (f. B. 1 784 026,63 Mark), der Zugang 1 442 820,85 Mark (1 497 688,86 Mark). Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 871 456,70 Mark (790 086,47 Mark). Der Gesamtbeitrag der von den Werken zu tragenden Umlage beläuft sich auf 16 888 031,66 Mark.

Die Gesamtlohnsumme betrug 714 780 367 Mf. gegen 573 094 750 Mark im Vorjahr, im Durchschnitt für einen Verstorbenen 2309,08 Mf. gegen 1987,79 Mark im Vorjahr. Von dieser Lohnsumme entfielen auf den Steinkohlenbergbau 711 839 729 Mark oder 99,62 Prozent durchschnittlich auf einen Verstorbenen.

### Tödliche Unfälle im englischen Bergbau in 1915.

Die Belegschaft im Kohlen- und Erzebergbau, sowie in den Steinbrüchen betrug in England im Jahre 1915 1 035 600 gegen 1 296 369 im 1914. Der Belegschaftszuwachs betrug mithin 200 763. Davon entfielen auf dem Kohlenbergbau 180 104, auf dem Erzebergbau 3878, auf Steinbrüchen 16 581. Die Zahl der tödlichen Unfälle im Kohlen- und Erzebergbau betrug 1915 1318, gegenüber einem Durchschnitt von 1494 in den 5 vorausgegangenen Jahren. Die Belegschaftszahl war demnach 1915 16,2 Prozent niedriger, wie 1914, die Zahl der tödlichen Unfälle 11,8 Prozent niedriger, wie im Durchschnitt der vorausgegangenen 5 Jahre.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Kalifese-Novelle von 1917.

Betreffend Änderung des Gesetzes über den Absatz von Kalifalzen.

Vom 16. Juni 1917.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.

berordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Das Gesetz über den Absatz von Kalifalzen vom 25. Mai 1910 (Reichs-Gesetzbl. S. 773) in der Fassung des Gesetzes, betreffend Änderung des Gesetzes über den Absatz von Kalifalzen, vom 21. Juni 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 539) wird wie folgt geändert:

- I. Im § 13 werden ersetzt
  - a) im Absatz 1 in der dritten Zeile die Worte „der Kalenderjahre 1912 und 1913“ durch die Worte „des letzten Viertels des Kalenderjahres 1918“;
  - b) im Absatz 2 in der zweiten Zeile die Worte „Jahre 1913“ durch die Worte „letzten Viertel des Kalenderjahres 1918“;
  - c) im Absatz 4 in der ersten und vierten Zeile die Worte „Jahre 1913“ durch die Worte „letzten Viertel des Kalenderjahres 1918“ in der zweiten Zeile die Worte „Jahre 1913“ durch die Worte „letzten Viertel des Kalenderjahres 1918“ in der sechsten Zeile das Wort „Abbaubetriebs“ durch die Worte „Abbau-, Ausbau-, und Abbaubetriebs“ und in der sechsten und siebenten Zeile die Worte „in den Jahren 1912 und 1913“ durch die Worte „im letzten Viertel des Kalenderjahres 1918“;

II. Im § 14 werden in der vierten Zeile die Worte „in den Jahren 1912 und 1913“ durch die Worte „im letzten Viertel des Kalenderjahres 1918“ ersetzt.

III. Im § 17, Absatz 1, wird die Jahreszahl „1918“ durch die Jahreszahl „1920“ ersetzt.

IV. Der § 20 a erhält folgende Fassung:

Für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 31. Dezember 1918 dürfen die Preise für das Inland

für Carnallit mit mindestens 9 v. H. S. und weniger als 12 v. H. K <sub>2</sub> O	in gemäßigtem Zustand	16,00 Pf.
für Rohsalze mit 12 bis 15 v. H. S. K <sub>2</sub> O	„	18,00 „
„ „ „ 30 „ 32 v. H. S. K <sub>2</sub> O	„	23,00 „
„ „ „ 40 „ 42 v. H. S. K <sub>2</sub> O	„	25,00 „
„ Chloralium „ 50 „ 60 v. H. S. K <sub>2</sub> O	„	37,00 „
„ „ „ über 60 v. H. S. K <sub>2</sub> O	„	40,00 „
Schwefelsaures Kali mit Schwefelsaure Kalimagnesia	„	48,00 „
für 1 vom Hundert (K <sub>2</sub> O) im Doppelzentner nicht übersteigen.		40,00 „

Wohltätig auf einem Kalimarkt im dritten oder im vierten Viertel des Kalenderjahres 1917 oder im Jahre 1918 der innerhalb einer Arbeiterklasse im Vierteljahr oder Jahresdurchschnitt für eine regelmäßige Arbeitszeit gezahlte Lohn hinter dem im letzten Viertel des Kalenderjahres 1916 gezahlten Durchschnittslohn einschließlich Teuerungszulage, und sonstiger Zulagen zuzüglich 1 Mark für erwachsene Arbeiter, 0,75 Mark für erwachsene Arbeiterinnen und 0,50 Mark für jugendliche männliche und weibliche Arbeiter zurück, so tritt eine dem § 13, Absatz 1 bis 3, entsprechende Kürzung der Beteiligungsziffer ein. Die Bestimmung findet auf § 13, Absatz 4, 5 und 6, §§ 14 und 15 entsprechende Anwendung. Die neuen Zulagen sind ab 1. Juli 1917 zu zahlen und im Lohnbuch beziehungsweise Lohnzettel von dem übrigen Lohne getrennt aufzuführen.

- V. Im § 27 erhält
  - a) Absatz 1 folgende Fassung: Jeder Kalifabrikant hat eine in die Reichskasse fließende Abgabe von 25 Pfennig für jeden Doppelzentner reines Kali seines Gesamtjahres zu entrichten.
  - b) Absatz 2 folgenden Zusatz: Einwaige Ueberhörsche sind zur Bildung einer Rücklage zu verwenden, über deren Verwendung durch den Reichshaushalt bestimmt wird.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 16. Juni 1917. Wilhelm, Kaiser, Dr. Helfferich.

### Übermalts Preiserhöhung für Brauntobler.

Die Brauntoblerwerke im Bezirk Halle haben die Preise für Grubekoks um 2-3 Mark pro Tonne ab 1. Juli erhöht. Grubekoks ist ein nach der Schwere der Kohlhöle verbleibender Rückstand.

### Ein „dividendenloses“ Kohlenbergwerk.

Die A.-G. Saar- u. Moselbergwerke in Saarbrücken (Lothringen) eine Unternehmung der Firma Hugo Simon, hatte im letzten Geschäftsjahre 1916/17 einen Betriebsergebnis, gegen 947 243 Mark im Vorjahre. Es wurde aber keine Dividende verteilt, sondern der ganze Ueberflüssig abgeschrieben. Nachher erscheint diese Gesellschaft auch in der Liste der „dividendenlosen“ Unternehmungen.

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Für die innere Reform Deutschlands.

Ganz im Sinne ähnlich lautender Kundgebungen von Vertretern aller deutschen Gewerkschaftsrichtungen betreffen die Herren Professor Hans Delbrück, Oberbürgermeister Dominik, Professor Emil Fijischer, Reichlicher Geheimrat Professor Adolf von Arnack, Reichlicher Geheimrat Professor Dr. Meißner, Reichlicher a. D. Graf Montz, Professor Walter Kern, Dr. Paul Hohrbach, Dr. Dr. Thimme und Professor Ernst Troeltsch folgende Erklärung:

Der große Kampf, in dem das deutsche Volk steht, ist noch nicht beendet. Die Unterzeichneten haben immer wieder die Auffassung gehabt, daß die Verheerungen der kaiserlichen Oberhoheit zur Vermeidung gar zu harter innerer Kämpfe in Vereinbarung mit den kaiserlichen Elementen des öffentlichen Lebens durchzuführen seien. Aber der Widerstand, der von dieser Seite geleistet wird, ist so groß, daß Zweifel entstehen müssen, ob überhaupt die Oberhoheit noch möglich ist. Ein solcher Zweifel ist heute unerträglich. Um das deutsche Volk in dem Vertrauen zu erhalten, auf das es ein Recht hat, ist es notwendig, ohne Verzug die Hand zum Werk zu legen. Wir stehen daher nicht an, die Forderungen des Tages offen zu erheben: daß die Regierung dem Landtage unverzüglich eine Wahlreform vorlege, die nicht nur das allgemeine, direkte und geheime, sondern auch das gleiche Stimmrecht bringt und daß die Regierung auch sonst dem Vertrauen Stimmfahnen und sicheren Ausdruck gebe, welches das deutsche Volk verdient.

Die Unterzeichner dieser Erklärung, darunter Männer, die als Wissenschaftler Weltbekannt sind, sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Widerstand gegen innerdeutsche Reformen seitens den „konser-

vativen Elementen“ (vornehmlich Großgrundbesitzer und Großindustrielle), denen die Wehrkraft der Unterzeichner sonst politisch zuneigen, so stark sei, daß zur Bewehrung des im Volke stark anwachsenden Zweifels an ein freies Deutschland die Regierung „ohne Verzug“ zur reformerischen Tat schreiten müsse. Eine Wahlreform ist die Voraussetzung für die Förderung des Tages. Dem können die Gewerkschaften durchaus zustimmen, sind sie es doch, die die sozialpolitische Rückwärtsentwicklung, die ihnen vornehmlich in den Massenabstandtagen hat, am bittersten empfinden. Die Vertreter der von den Landtagen beeinflussten bundesstaatlichen Regierungen bilden bekanntlich den Bundesrat, ohne dessen Zustimmung kein einziges vom Reichstag beschlossenes Gesetz gültig ist. Wenn wir nun (wieder mal) in der konterfeiatischen „Deutschen Tageszeitung“ lesen, in Weidenburg sei ein Mitternacht, dessen Weg mit Sig und Stimme im Landtage verbunden (1.1) ist, zu verkaufen, so will es einem schier ungläublich erscheinen, daß solche mittelalterlich-reaktionären Zustände in Deutschland des 20. Jahrhunderts noch existieren. Sie sind aber Tatsache. Wer ein bestimmtes Mitternacht Laufen kann, ist „Volksvertreter“ und kann auch Einfluss auf die Reichsgesetzgebung ausüben. Der Mitternacht ist in der konterfeiatischen Form. Doch trotzdem nicht nur die ausgeprochenen „Konterfeier“, sondern auch große Organe der konterfeiatischen Unterwelt gegen die Verwirklichung der kaiserlichen Oberhoheit kämpfen, immerfort Stimmungen machen für die Verwirklichung der Massenrechte, das erfahren wir so gar aus Kundgebungen aus den Kreisen der über die überkritischen christlichen Organisationen, der Zentrumspartei angehörenden Arbeiter. Ein einheitliches Vorgehen aller Arbeiter kann aber den Widerstand der Konterfeier brechen.

### Es darf nicht verhandelt!

Die „Gewerkschaftsstimme“ (Nr. 19), Organ des christlichen Fabrikarbeiterverbandes, erzählt, kürzlich habe ein Papierfabrikant einem christlichen Gewerkschaftsleiter erklärt: „Ja, ich würde gern mit Ihnen verhandeln, leider darf ich nicht!“ Warum darf er nicht? Weil der Verband der Papierfabrikanten seinen Mitgliedern das Verhandeln mit Gewerkschaftsvertretern verboten hat. Schreiben die Arbeiter nach erfolglosen Verhandlungen zum Ausbruch, dann schreit das Unternehmensorgan über „schablonen Streik“. — Wir können aus der Bergwerkinindustrie eine ganze Reihe von Fällen nennen, wo die betr. Werkstätten mit den Arbeiterorganisationen verhandelt hätten, wenn die Gewerkschaften die Verhandlungen mit Gewerkschaftsvertretern gestatteten. Und diese Unternehmerverbände erfahren sich der höchsten behördlichen Unterstützung.

### Verbandstag des Metallarbeiterverbandes.

Die größte deutsche Gewerkschaftsorganisation, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, hat vom 27. bis 30. Juni in Köln den zweiten Kriegsjahres-Verbandstag abgehalten. 18 Vertreten waren die Mitglieder durch 118 Delegierte, die Generalkommission durch Legien und Goben. Außerdem waren verschiedene Vertreter der Metallarbeiterorganisationen aus dem verbotenen und neutralen Ausland erschienen. Es kam zu teilweise recht scharfen, grundsätzlichen Auseinandersetzungen. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 53 Stimmen einer Resolution zugestimmt, welche die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik des Metallarbeiterverbandes verlangt unter Festsetzung der Forderungen an die Gesetzgebung für die nächste Zeit, die Neuordnung des Vereinigungsrechts, Ausgestaltung der Schlichtungs- und der Arbeiterversicherung, Abwehr, einheitliches Arbeiterrecht, Regelung der Arbeitsnachweise usw. Die Resolution erkennt außerdem die von internationalen Gewerkschaftsbündnissen aufgestellten Arbeiterforderungen (siehe Nummer 23 und 25 der „Bergarbeiter-Zeitung“) als geeignete Grundlage für einen künftigen Frieden an. Eine Gegenresolution, welche die deutsche Arbeiterbewegung auffordert, zu einer selbständigen proletarischen Weltbewegung zuzutreten und jede Verbindung mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien abzuschneiden, wurde in namentlicher Abstimmung mit 73 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Die beantragten Änderungen des Verbandstatuts wurden nicht abgelehnt, so die Erhöhung der Unterstufungsätze, deren Regelung nach dem Kriege erfolgen soll. Die Verbandskassen erhalten Teuerungszulagen von 125 Mark monatlich ab 1. Juli 1918 unter Anrechnung der bisher gezahlten Vorkasse. Den Anträgen auf Einsetzung eines engeren und erweiterten Vorstands zum Vorstand wird zugestimmt, ebenso dem Verbandsstatut in der neuen Fassung für die kommenden zwei Jahre. Dasselbe tritt am 1. August 1917 in Kraft. Der bisherige Vorstand wurde mit 80 bis 82 Stimmen wiedergewählt. Der nächste Verbandstag soll in Kiel stattfinden.

### Internationale Rundschau.

#### Frankreich kann den ehrenhaften Frieden haben!

Das deutsche Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (30. Juni), schreibt in einem gegen die französischen Kriegsbekehrer gerichteten Artikel, es sei unwahr, daß Deutschland die Sklaverei Frankreichs wolle, sondern:

„Frankreich kann jederzeit mit Deutschland Frieden schließen, ein Frieden, der es in keiner Weise zu Deutschlands Sklaven stempelt, sondern ein friedliches Nebeneinander der beiden Völker von neuem bringt, wie es vor dem Kriege bestand!“

Diese Erklärung wird von allen ehrlichen Friedensfreunden mit Bewunderung begrüßt. Wenn das friedliche Nebeneinander der beiden Völker wie es vor dem Kriege bestand, ermöglicht werden soll, dann müssen aber die Eroberungspolitik hängen und drüben von maßgebender Seite unbedingt abgelehnt werden! Die französischen Annexionswünsche wollen Elzas-Lothringen, das Saargebiet und noch mehr, die „alldutschen“ Annexionswünsche wollen das österröhmische Erz- und das nordfranzösische Kohlenbecken. Beide Programme sind unmöglich durchzuführen, wenn es zu einem Frieden im Sinne der vorzuziehenden deutschen Regierungserklärung kommen soll! Hier ist endlich absolute Klarheit notwendig. Deutschlands und Oesterreichs Regierung hat Ausland einen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen angeboten. Dies Angebot ist, abgesehen sich mit den Kriegsziele der neuen russischen Regierung deckt, dort nicht ernsthaft beachtet worden, weil im ganzen Auslande die Kriegsziele der „alldutschen“ Weltkaiser als die angeblich „eigentliche deutsche Meinung“ verbreitet und angenommen werden. Auch in durchaus friedensfreundlichen Auslandskreisen ist man immer noch der Meinung, nicht was der deutsche Reichsführer erklärt, sei maßgebend für die deutsche Politik, sondern die die würde tatsächlich bestimmt von den österröhmischen Verbänden und den großkapitalistischen-industriellen Annexionspropagandisten. Infolgedessen sind die ehrlichen Friedenswünsche der deutschen Regierung vom Auslande mit Mißtrauen aufgenommen worden. Der Beweis liegt dafür auch vor in der neuen russischen Offensiv. Solange die ausländischen Kriegstreiber verbreiten können, ein „deutscher Friede“ wäre nach alldutschen Annexionswünschen Rezepten aus, solange werden immer wieder die feindlichen Herrscharen gegen unsere Fronten aufzurufen und der Krieg dauert fort.

### Die Stimme der Vernunft

ringt sich durch auch in Frankreich. Unter dem Titel: „Das Recht der Völker“ schreibt La Bataille, das Organ der französischen Gewerkschafts-Kommission:

„Es ist vergebens, zu verheimlichen, daß die einzige Frage, die gegenwärtig die Völker leidenschaftlich bewegt, sich auf das Ende des Krieges bezieht. Die Kämpfer, die dem Tode ausgehört sind, die Zivilbevölkerung, die drückender Herrschaft, Angst und Einschränkungen unterworfen sind, alle stellen sich die Frage, wie der Krieg enden soll oder wie er wenigstens aufhören könnte, damit dieses Trauerspiel zum Abschluß komme, in dem so viele arme Existenzen eine so jämmerliche Rolle zu spielen haben, die doch, sich niemals zu erschöpfen. Dieser breuende Friedensdurst steht im Zusammenhang mit den vielen Reden über die Kriegsziele. Denn nicht ist den Menschen so sehr Mut ein, als man man ihnen sagt, warum sie aufhören. Und was sagt man den Kindern? Man sagt ihnen, daß sie für die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts der Völker kämpfen. Wir stellen uns dem guten Glauben der also redenden Wortführer in Zweifel. Aber wir sind der Meinung, daß sie einen Geschichtskursus begeben. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker heißt noch nicht, bevor man es wiederherstellen will, sollte man nicht darauf bedacht sein, es zu schaffen. Das ist kein Wortspiel. Die Geschichte im äußersten Altertum bis zum Jahre 1914 lehrt uns, daß die Differenzen zwischen Regierungen und zwischen Völkern durch die Macht entschieden werden sind. Während sich im inneren Leben der Völker allmählich ein Recht des Individuums bildet, haben die Völker unter sich fortzuführen, das Recht des Stärkeren anzuerkennen, die Gewalt zu üben und vom

Los der Waffen Vorteile, Macht, Vergeltung zu erwarten. Als Ludwig XIV. Frankreich nahm, fragte er die Strahlburger nicht um ihre Meinung. Als Rußland, Preußen und Oesterreich Polen aufteilten, kümmerten sie sich wenig darum, ob die Polen das nach ihrem Gewissen fanden. Nach näher liegt uns das Schicksal der Ägypter, die von England, der Tripolitaner, die von Italien unterworfen worden sind, sowie der Marokkaner, die sich in Franzosen umwandeln, weil die Marokkaner weiter reicht, als der Schicksal. Ganze Gebiete sind auf diese Weise von einer Hand in die andere übergegangen und jedesmal hat das besiegte Volk ein anderes Ziel im Auge behalten, als seine Macht wiederherzustellen, um sich erfolgreicher zu schlagen, sobald die Gelegenheit zu neuen Bewegungen auftauchen würde. Man soll uns also nicht von der Wiederherstellung des Rechts der Völker sprechen! Man soll sich aber auch nicht einbilden, daß ein dauernder Friede aus einer Verdrängung der alten Weltkarte hervorgehen kann, wenn diese Verdrängung von einem Sieger einem Besiegten aufgezwungen worden ist. Der lange Krieg hat die Menschen dazu gebracht, nachzudenken. Er bietet ihnen durch seine zeitliche und räumliche Ausdehnung eine besondere Gelegenheit, die Nationen mit einem Recht zu begaben, wie es für die Individuen besteht. Wir behaupten sogar, daß das einzige Mittel, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, darin besteht, daß die streitenden Parteien mit Nachdruck die Gewalt als richtiges Mittel verwerfen und ein Gericht der Völker einsehen, dem alle den Krieg verurteilenden Fragen, einschließlich der elch-Lothringischen, unterworfen werden. Früher oder später wird man doch dazu kommen müssen, und es wäre endlich besser, daß es bald geschieht. Wir bitten Rußland und Wilson um Entschuldigungen. Aber wenn sie von der gemeinsamen Wiedereroberung verlorenen Provinzen sprechen, treten sie für den Zweck als „rechtes Mittel“ ein. Sie verurteilen die Gewalt nur, um sie im nächsten Augenblick zu verheerlichen, und wenn auch das Recht auf ihrer Seite wäre, so hindert das nicht, daß sie eine Sprache reden, die nicht die Sprache der Zukunft ist, und die selbst nicht die Sprache von heute sein darf. Sie wollen den Verein der Völker, aber sie verlangen, daß die Völker der Aufnahme in diesen Verein erst würdig sein sollen, wenn man die wichtigsten Fragen ohne sie, vielleicht gegen sie geregelt haben wird. Wir wissen wohl, daß dieser jetzt schon als möglich angelegene Völkerverein alle diejenigen abstoßt, die den Krieg für heilig, die Mache für göttlich, die Vergeltung für das vollkommene Recht erklären. Aber der Haß, die Mache und Vergeltung bringen nur Zerstörung und Tod hervor, und gerade davon hat die Welt genug ertragen. Sie will, daß man ihr endlich des Mittel zum Leben gibt.“

### Lehrreicher Bericht über den holländischen Bergarbeiterstreik.

Die „Nölnische Volkszeitung“ (Zentrumsorgan) vom 30. Juni veröffentlicht folgenden Bericht:

Amsterdam, 27. Juni 1917. Im Limburger Kohlenrevier hatten die Sozialdemokraten einen Streik herbeigeführt, der unter den jetzigen Umständen von tiefgehenden Wirkungen begleitet ist. Das Land hat großen Mangel an Kohlen und ist für die Versorgung der Industrie ganz auf Deutschland und Limburg angewiesen. Wenn der Streik lange andauert, wird die ganze holländische Industrie lahmgelegt. Die Lage war anfänglich außerordentlich ernst. Nicht allein die Sozialdemokraten streikten, sondern auch außerordentlich (!!) viele christlich organisierte, und zwar insoweit das auf sie ausgeübten Druckes. Auch 2500 belgische Internierte hatten sich dem Ausstand angeschlossen. Unter Führung des bekannten Prälaten Dr. Roels wurde eine kräftige Gegenbewegung eingeleitet. (!!) Die Regierung wurde aufgefordert, die Arbeitswilligen zu schützen. Die Regierung hat Mühe auf, aber in noch nicht genügender Anzahl. Kräftig trat nun die christliche Organisation auf. (!!) Der Ausstand ist für die Sozialdemokratie schon als verloren zu betrachten. Im ganzen Lande wird es sehr begrüßt, daß die Regierung kräftig gegen die ausländischen Belgier aufgetreten ist. Mitten in der Nacht wurden sie aus Limburg weggeführt und nach ihrem Internierungsorte gebracht. Die Erregung gegen die Belgier in Limburg ist groß. Dr. Roels rief ihnen in einer Versammlung ein Auf Rinnmiederzehen zu.

Bedauerndwert ist, daß die Christlichen erst mit in den Ausstand treten mußten wegen Mangel an Schutz. Nur eine Abteilung — Kertrabe — hat sich den Ausständigen angeschlossen. Der Ausstand ist lediglich eine Krisisprobe der Sozialdemokraten gegen die christlich organisierten. Jeden Tag nehmen mehr Arbeiter die Arbeit wieder auf und das wird noch besser werden, wenn die Regierung der Forderung von Roels nachkommt, Limburger Soldaten zu schicken. Denn die Amsterdamer und Groninger Soldaten, die gegenwärtig im Streikgebiet weilen, seien, nach Roels, (!!) nichts anderes als Sozialdemokraten in Uniform.“

Dieser Bericht des Nölnischen Zentrumsblattes ist außerordentlich lehrreich. Er befragt:

Erstens: „Außerordentlich viele christlich organisierte“ (Gewerkschaftsmitglieder) haben sich dem Streik angeschlossen. Der plumpe Schwindel, daß sei infolge Terrorismus geschieden, wird bei allen Streiks verzapft, wenn die Unternehmerorgane nach dem „Schutz der Arbeitswilligen“ rufen, ganz gleich, ob freie, christliche, kirchlich-Demokratische oder polnische Gewerkschaften den Streik leiten. Das Nölnische Zentrumsblatt bestätigt unsere Meldung, daß die christliche Gewerkschaftszentrale Kertrabe beschloß, mit den anderen Kameraden in den Streik einzutreten. In Kertrabe befindet sich die weitläufigste Zentrale des christlichen Gewerkschaftsvereins in Holland. Die von den Unternehmerfreunden verbreitete Behauptung, der Streik sei lediglich „eine sozialdemokratische Krisisprobe, gegen die christliche Organisation“, ist also auch von der bedeutendsten Gewerkschaftszentrale als auf die Arbeiterzersplitterung berechneter Schwindel erkannt worden.

Zweitens: Die Sammlung und Organisation von Streikbrechern hat der belgische Prälät Dr. Roels“ unternommen! Ist es der Beruf eines Geistlichen, um Mindestlöhne und Achtundachtzigstündige Arbeiter mit Streikbrechern in den Rücken zu stellen? Prälät Dr. Roels war es auch, der, als sich vor einigen Monaten die Arbeiterauschüsse geeinigt hatten, der Regierung ein Mitglied des Gewerkschaftsvereins und ein Mitglied des Limburger Bundes als Betriebskontrolleure vorzuschlagen, dann dafür sorgte, daß eine zufällige Volks-Mehrheit diese Einigung umstieß und zwei Gewerkschaftsstandbeiden vorgeschlagen wurden! So trat Prälät Dr. Roels als Friedensstörer zwischen die einer kameradschaftlichen Verständigung zustrebenden Arbeitervertretungen. Nun beim Streik hat Prälät Dr. Roels die „Führung der Gegenbewegung“ (Streikbrecher) übernommen, stellte sich also in den Dienst der großkapitalistischen Macht. Prälät Dr. Roels rief nach Militär, es kam, aber es ging ihm nicht brutal genug gegen die ausländischen Arbeiter vor — nun verlangte Prälät Dr. Roels andere Soldaten, weil die anwesenden Soldaten nichts anderes als Sozialdemokraten in Uniform seien!!!

Dies berichtet das mit Prälät Dr. Roels durchaus einverstandene Nölnische Zentrumsblatt. Wir können es nun unseren Lesern getrost überlassen, sich ein Urteil zu bilden über die holländischen Streikvorgänge und die Rolle, die der Prälät Dr. Roels dabei spielte.

### Der Bergarbeiterstreik in Holland erfolgreich beendet.

Der am 21. Juni begonnene Bergarbeiterstreik in Holland konnte am 1. Juli erfolgreich beendet werden. Am 2. Juli nahm die Bergarbeiter-Versammlung einer Beilegung der Arbeit wieder auf. Damit wird die Verdrängung der „Nöln. Volks-Zeitung“ und anderer Zentrumsblätter in bündigster Form abgelehnt. Bei den wiederholten Verhandlungen mit dem Vertreter der Privatgruben, Herrn Fromme, und dem Minister für Handel und Gewerbe waren schon Zugeständnisse gemacht worden, die aber nicht ausreichten. Am 30. Juni kam es im Handelsministerium schließlich zu folgender Verständigung:

Es wird eine Kommission eingesetzt. Diese soll mit Vertretern der Werke und den Vorständen der Bergarbeiterorganisationen verhandeln. Die Lohnfrage und die Möglichkeit der Einführung eines Mindestlohnes soll diese Kommission untersuchen. Über die Verhandlungen hat die Kommission dem Minister für Handel und Gewerbe Bericht zu erstatten. Kommt in bezug auf den Mindestlohn in der Kommission keine Einigung zustande, so wird der Minister auf einer Staatsache die Einführung des Mindestlohnes beschließen. Sobald die Kommission ihre Untersuchung abgeschlossen

hat, wird mit den Bergarbeiterorganisationen für die staatlichen Be-

Diese Zusagen, die schon in einer Verhandlung mit den Vertretern

- 1. Einführung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung der Streitfragen
2. Ausdehnung der Ferien auf die Arbeitergruppen, die bisher unberücksichtigt geblieben waren;
3. Milderung des Strafwezens;
4. Erhöhung des Lohns.

Ferner ist die Erhöhung des Durchschnittslohnes auf 5 Gulden

Trotz aller Widerstände haben unsere holländischen Kameraden also

Knappschäftliches.

Militär- und Kriegsdienstzeit gelten nicht als Bewährungsfrist.

Die in Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten verbrachte Zeit

(Entscheidung vom 24. Oktober 1916 - P 99/16 - in Sachen des

Der Kläger war vom 30. Dezember 1907 bis zum 27. Mai 1911

Zurück den Bescheid des Vorgesetzten vom 27. Oktober 1915 ist

Der Kläger hat hiergegen Revision eingelegt und beantragt, den

Entscheidungsgründe:

Die Revision ist unbegründet.

Das Oberlandesgericht hat schon in dem Urteile vom 23. November

Auch nach § 60 der Satzung des Vorgesetzten vom 16. Dezember 1913

Von demselben Grundjahre geht die Vorschrift des § 7 des Knapp-

Der Kläger kann sich dagegen nicht auf den § 5 des Knappschäfts-

Überdies könnte ein infolge der Einziehung zum Heeresdienst aus

In der Entscheidung des Vorgesetzten wie in dem angefochtenen Urteil

Sie nach war in der Hauptsache, wie gesehen, zu erkennen.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Bruchstränge. Ein großer Teil der Belegschaft muß hier vor

bisher nicht geschafft. Trotzdem wird den Arbeitern vorgehalten, daß

Beide Königsborn I und IV. Hier wurde den Bergarbeitern der

Beide Ludwig. In Nr. 26 der „Bergarb.-Ztg.“ berichteten wir schon

Beide Matthias Stinnes III und IV. Am 1. Juli fand für diese

Beide Werner, Schacht II, Müntze. Ein großer Teil der Lampen

Beide Königsborn I und IV. Hier wurde den Bergarbeitern der

Beide Ludwig. In Nr. 26 der „Bergarb.-Ztg.“ berichteten wir schon

Beide Matthias Stinnes III und IV. Am 1. Juli fand für diese

Beide Werner, Schacht II, Müntze. Ein großer Teil der Lampen

Beide Königsborn I und IV. Hier wurde den Bergarbeitern der

Beide Ludwig. In Nr. 26 der „Bergarb.-Ztg.“ berichteten wir schon

Beide Matthias Stinnes III und IV. Am 1. Juli fand für diese

Beide Werner, Schacht II, Müntze. Ein großer Teil der Lampen

Beide Königsborn I und IV. Hier wurde den Bergarbeitern der

Beide Ludwig. In Nr. 26 der „Bergarb.-Ztg.“ berichteten wir schon

Beide Matthias Stinnes III und IV. Am 1. Juli fand für diese

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ein Jubilar.

Am 25. Juni hat, seitdem das Vertrauen organisierter

Bezirkskonferenz in Oberhausen zur Lebensmittel- und

Mit der Frage der Lebensmittelversorgung für Schwer- und

Die Konferenz der Vertrauensleute des Deutschen Bergarbeiter-

Die Konferenz fordert unter Berufung auf die durch den Mangel

Arbeiterversicherung auf Contordia IV/V.

Hier fand am 30. Juni eine Arbeiterversicherungstagung statt, die sich

Königsborn Samjen.

Wiederholt sind in letzter Zeit Klagen darüber laut geworden, daß Beamte in recht eigentümlicher

Sitzung des Schlichtungsausschusses für den Landwehrbezirk

Zur Verhandlung standen am 28. Juni 48 Klagen. Für unsere

Mein - Jede Herzules - wohnt in Rothhausen und will den Arbeit...

Der Tagesarbeiter Jandada - Jede Böttcherei - klagt auf...

Der Arbeiter J. Knepp - Jeder Arbeiter - wurde der Arbeit...

Der Arbeiter J. Müller - Jede Holzbank - hat seinen Familien...

Zeche Kurl vor dem Schlichtungsausschuss. Nachdem die Zeche...

Als alle Einigungsversuche erfolglos blieben, verkündete der...

1. Der Schlichtungsausschuss stellt fest, daß auf der Zeche Kurl...

2. Der Schlichtungsausschuss stellt ferner fest, daß es angemessen...

Der Schlichtungsausschuss für die Landkreise Dortmund I und II...

Am Sonntag, den 1. Juli, erkrankte Kamerad K. Herrsch, der...

Die Zeche Kurl erklärt im Interesse eines geordneten Zusammen...

Die Zeche Kurl gelobt, auch fernerhin ihren zusammenzufügen...

Nach sehr hitziger Aussprache, in der alle Kameraden die...

Die Zeche Kurl widerpricht ganz entschieden der Auffassung der...

Sprengstoffexplosion auf Reddinghausen I. In der Nacht vom 5. zum 6. Juli ereignete sich auf dieser Zeche...

Ausland auf Graf Schwerin beendet. Wegen der Ernährungsschwierigkeiten im Amte Nauzel trat die...

Die heutige Zecheversammlung der Zeche Graf Schwerin...

Angedacht der unzureichenden Erzeugung ist die Zeche nicht in der...

Graspflicht der Zechen für gestohlene Kleider. Als die Arbeiter...

Zollern II vor dem Schlichtungsausschuss. Vor dem Schlichtungsausschuss...

Als alle Bergarbeiter die Klage erheben, wenn ihnen auf der...

Nach eingehender Verhandlung kam es schließlich zu folgender...

Der Zecheverwaltung trägt vor, die Zeche Kurl der Zeche Zollern II...

Table with 5 columns: Monat, Jahr, Getreidestauer, Dauer, Reparaturdauer. Contains data for months from September 1916 to April 1917.

Seitens der Zecheverwaltung erklärt Herr Hesse: Die...

Hierzu erklärt der Schlichtungsausschuss, daß er mit Rücksicht...

Herr Hesse erklärt die Zeche Zollern II hat keine...

Der Schlichtungsausschuss hält also einen Betrag von 5 Mk. für...

allen gleichliegenden Fällen, auch wo Lohnfordernde Arbeiter in Frage...

Königreich Sachsen. Ausschluß der Inorganikerten. Aus Orientlich wird uns geschrieben:

Was der Kamerad Reimpeters in Nummer 25 der Bergarbeiter...

Viele unserer Kameraden sind daher auch der Meinung, daß hier ein...

Saargebiet und Reichslande. Lebensmittelfragen. Zu den Mitteln, sich Vorteile auf...

Man kann sich vorstellen, daß die Arbeiter sich über die...

Verbandsnachrichten. Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die...

Bibliotheken. Samborn. Die Bibliothek befindet sich bei dem Kameraden...

Bücherrevisionen. In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher...

Kranzspendemarken. In folgenden Zahlstellen werden Kranzspendemarken...

Table with 2 columns: Name, Address. Lists names like Hugo Schröder, Anton Kunka, etc.

Sterbetafel

- List of names and dates of deaths, including Hugo Schröder, Anton Kunka, etc.